



Herrn Ministerpräsident
Winfried Kretschmann, MdL
Staatsministerium Baden-Württemberg
Richard-Wagner-Straße 15
70184 Stuttgart

Präsident:
Präses Ansgar Hörsting
Goltenkamp 4
58452 Witten

hoersting@bund.feg.de

Telefon: 02302 937-18
Fax: 02302 937-99

Witten, den 3.7.2013

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

ich grüße Sie herzlich und schreibe Ihnen heute als Vorsitzender der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF). Als Vorstand haben wir Ende Juni die Haltung der grün-roten Landesregierung gegenüber den kleineren Kirchen beraten.

Mit Beunruhigung haben wir zur Kenntnis genommen, dass die Vertretung der Freikirchen im Rundfunkrat des SWR auf Vorschlag von Frau Ministerin Krebs gestrichen werden soll, obwohl die Bedeutung der kleineren Kirchen im Land in den letzten zwanzig Jahren kontinuierlich gestiegen ist. Nach den Ergebnissen des Zensus 2011 gehören zu den Evangelischen Freikirchen und den Orthodoxen Kirchen mehr als 800.000 Menschen (8,1 Prozent der Bevölkerung BW), die seit der Gründung des SDR durch die Amerikaner über den Sitz der Freikirchen auch Mitverantwortung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk übernommen haben.

Die zahlreichen kleineren Kirchen wie Methodisten, Baptisten, Heilsarmee, Freie evangelische Gemeinden, Neuapostolische Kirche und Altkatholiken sind in fast jeder Kommune im Land präsent und engagiert. Als Weltkirchen und Körperschaften des öffentlichen Rechts haben wir ein eigenständiges theologisches Profil und vertreten ein Stück gelebte Ökumene. Die Christen unserer Kirchen werden nicht durch die sieben Vertreter der Römisch-Katholischen Kirche oder der Evangelischen Landeskirche im Rundfunkrat vertreten. Das Vorhaben der Landesregierung stößt daher in unseren Kirchenleitungen und Gemeinden auf allergrößtes Unverständnis.

In zahlreichen Briefen, persönlichen Gesprächen und in der Anhörung am 18.12.2012 in Mannheim haben wir versucht zu vermitteln, dass der Ausschluss der Freikirchen aus der Mitverantwortung für den SWR nicht den Zielen entspricht, die sich die Landesregierung selber für die Novellierung des SWR-Staatsvertrages gegeben hat. Vor allem die Darstellung der Pluralität der Gesellschaft wird durch die geplante komplette Streichung des Freikirchensitzes konterkariert. Eine sogar wachsende Gruppe hat keine Stimme mehr im Rundfunkrat.

Ich möchte in diesem Brief nicht sämtliche Argumente darlegen, die wir in schriftlicher und mündlicher Form und in zahlreichen Petitionen eingereicht haben. Und mir liegt auch sehr daran, zu betonen, dass wir die Mitwirkung muslimischer Verbände grundsätzlich unterstützen! Ein aufgeklärter Dialog ist in dieser Gesellschaft wichtig. Kein Verständnis findet aber bei uns, dass Naturschutzverbände, Gewerkschaften und andere Verbände stärker vertreten sein sollen und dass die mehr als ein Dutzend Mehrfachvertretungen es der Landesregierung nicht ermöglicht

haben, einen vertretbaren Kompromiss zu finden, der eine weitere Beteiligung für die wachsende Gruppe von Freikirchen gewährleistet. Sie sollen den einzigen Sitz komplett verlieren. Die Begründung hierfür bleibt unklar, denn die Autoren hüllen sich dazu in Schweigen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

es geht uns nicht in erster Linie nur um einen Sitz. Vielleicht wäre dies sogar irgendwie verschmerzbar. Sorge bereitet uns aber das wahrgenommene Unverständnis für die Präsenz und die Arbeit dieser vielen kleinen Kirchen und Gemeinschaften durch die Vertreter der Landesregierung und die zuständige Medienministerin.

Auch zwei Beschwerden zum Verfahren möchte ich anfügen. Erstens haben wir zuerst aus der Presse über die geplante Streichung im Herbst letzten Jahres erfahren. Zweitens hatte ich bei den Gesprächen Ende letzten Jahres den Eindruck, dass von vornherein geplant war, alle zwar anzuhören, aber tatsächlich nichts zu ändern. Das ist eine frustrierende Erfahrung für einen Demokraten. Ein politischer Kompromiss und eine Beteiligung unserer Kirchen wären mit ein wenig gutem Willen ohne Weiteres möglich gewesen.

Es ist uns als Vorstand der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) und damit als Vertretung zahlreicher kleiner Kirchen ein Anliegen, diese Unzufriedenheit Ihnen noch einmal gegenüber auszudrücken.

Wir wagen, nach den bisherigen Erfahrungen kaum zu hoffen, dass sich an der Entscheidung der Landesregierung gegen die Freikirchen im Rundfunkrat noch etwas ändert. Gleichwohl wäre es mit Ihrem Einsatz im parlamentarischen Beratungsprozess noch möglich, dies zu korrigieren, worum wir Sie bitten. Uns war es wichtig, dass Sie – nicht zuletzt als engagierter Christ und Kirchenbeauftragter der Landesregierung - von diesen Dingen auch noch mal auf direktem Wege von uns erfahren.

Wir bedanken uns für Ihre Bereitschaft uns anzuhören und auf uns zuzugehen. Auch die kleineren Kirchen arbeiten in unserer Gesellschaft für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung.

Wir wünschen Ihnen für Ihre politische Arbeit Weisheit, Mut und Gottes Segen. Über eine persönliche Antwort würde ich mich freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Ansgar Hörsting